

# Meschberger will Basler SP gewinnen

Die SP-Landrätin stellt sich hinter die Pläne der beiden Gesundheitsdirektoren

Von Thomas Dähler

**BaZ:** Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission hat sich deutlich hinter die vorgesehene gemeinsame Gesundheitsversorgung und gemeinsame Spitalgruppe mit Basel-Stadt gestellt. Sind Sie überrascht, dass es heute in der Landratsdebatte plötzlich massive Opposition gegen die Pläne gab?

**Regula Meschberger:** Überrascht bin ich vor allem von der FDP. Mich stört, dass sich die FDP erst heute und derart negativ dazu äussert. Die Vorlage ist nicht neu. Sie konnte auch parallel zu den Beratungen in der Kommission von den Fraktionen diskutiert werden.



**Landrat**

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Die Freisinnigen stellen sich gegen die Pläne einer Tagesklinik für ambulante Operationen und Interventionen auf dem Bruderholz. Wie stellen Sie sich zur verbreiteten Skepsis gegenüber dem Ambulatorium auf dem Bruderholz?

Ich verstehe durchaus, dass es Befürchtungen gibt, das Ambulatorium könnte sich als defizitär erweisen. Aber ich bin überzeugt, dass es zu einer gesundheitspolitischen Änderungen kommt und der Schlüssel bei der Finanzierung ambulanter Behandlungen – heute gehen diese voll zulasten der Krankenkasse – verändert wird.

«Mich stört, dass sich die FDP erst heute und derart negativ dazu äussert.»

Auch die SP Basel-Stadt bekämpft die Spitalfusion mit dem Argument, sie wolle das unnötige Ambulatorium auf dem Bruderholz nicht mitfinanzieren. Sprechen Sie eigentlich auch mit Ihren Parteikollegen in Basel-Stadt?

Dass die SP Basel-Stadt dagegen ist, kann zum Teil auch einem gewissen Anti-Baselland-Reflex zugeschrieben werden. Wir müssen der SP Basel-Stadt erklären, dass die gemeinsame



**Deziiert für die gemeinsame Spitalgruppe.** Regula Meschberger fordert bei der Mitsprache eine Lösung, die für beide Kantone aufgeht. Foto Lucian Hunziker

Gesundheitsversorgung im Basbiet nicht mehrheitsfähig ist, wenn das Bruderholz-Spital vollständig verschwindet. Die Abstimmung über die Bruderholz-Initiative hat dies gezeigt.

Die SP Basel-Stadt kritisiert auch die geplante Struktur der Spitalgruppe, in der Baselland ein Veto-Recht erhält.

Das, finde ich, ist denn auch der schwierigste Aspekt, der auch in den

Abstimmungen im Zentrum stehen dürfte. In den Fragen der Beteiligungen und der Mitsprache ist eine Lösung zu finden, die für beide Kantone aufgeht. Ich verstehe die Skepsis der SP in Basel-Stadt und bin gespannt, wie die Lösung der Gesundheitsdirektoren dazu genau aussehen wird.

**Ist dies letztlich auch für die Baselbieter SP entscheidend?**

Es braucht einen guten Weg, der für beide Kantone von Vorteil ist. Die SP Baselland ist klar für eine Fusion zu einer gemeinsamen Spitalgruppe. Aber Voraussetzung dafür wird schliesslich sein, dass die Vorlage auch im Detail stimmt.

«In den Fragen der Beteiligungen und der Mitsprache ist eine Lösung gesucht.»

**Welche Rolle wird in der Auseinandersetzung von Ihrer Sicht die von den Privatspitälern ins Feld geführte Benachteiligung spielen?**

Das wird uns nicht überraschen, denn es wird sicher Exponenten bei den Bürgerlichen geben, die dies dagegen ins Feld führen werden. Interessant ist allerdings, dass schon in der heutigen Struktur das Kantonsspital Baselland in Liestal und das auf dem Bruderholz eine gute Auslastung verzeichnen.

**Besteht das Risiko, am Schluss wieder auf Feld 1 zu beginnen?**

Nein, das glaube ich kaum. Die gemeinsame Gesundheitsplanung wird von keiner Seite bestritten.

**Wäre es demnach nicht politisch klug, die Entscheide über die Gesundheitsversorgung und über die Spitalgruppe zeitlich gestaffelt herbeizuführen?**

Grundsätzlich bin ich für den Fahrplan der Regierung, beides möglichst rasch gemeinsam zu entscheiden. Aber wenn eine zeitliche Staffelung der Sache politisch dient: warum nicht?

**Das braucht aber mehr Zeit.**

Das ist das Problem. Vorwärtsmachen müssen wir, weil die Unsicherheit steigt – etwa beim Personal. Es darf auch bei einer zeitlichen Staffelung nicht Jahre dauern.

## Rekord bei Selbstanzeigen

Elf Millionen für die Staatskasse

Von Kurt Tschan

**Liestal.** Im letzten Jahr haben 1927 steuerpflichtige Personen im Basbiet von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich einmal im Leben straflos selber anzuzeigen. Diese Zahl stellt erneut einen Rekord an Meldungen seit der Einführung der straflosen Selbstanzeige im 2010 dar. Wie die Finanz- und Kirchendirektion in einer Mitteilung schreibt, hatte es 2016 noch 797 Selbstanzeigen gegeben. 2015 waren es 345 gewesen. Von den insgesamt 2017 bearbeiteten 821 Steuereinträgen seien dem Kanton Nachsteuererträge in der Höhe von rund elf Millionen Franken und dem Bund solche in der Höhe von rund 2,8 Millionen Franken zugeflossen. 2016 waren es für den Kanton noch 6,4 Millionen gewesen, für den Bund 1,3 Millionen.

Durch die im abgelaufenen Jahr erledigten Selbstanzeigen sind gesamt 105,3 Millionen Franken an bisher nicht versteuerten Vermögen offengelegt worden. Wie die Finanz- und Kirchendirektion weiter schreibt, habe sich der grösste zur Nachbesteuerung angemeldete Vermögensbestand auf rund 30 Millionen Franken belaufen. Bei den offengelegten Vermögenswerten handle es sich wie bereits in den Vorjahren um Bankkonti, Wertschriftendepots, Stiftungsvermögen und vor allem ausländische Liegenschaften.

**Frist bis Ende September**

Auf der Einkommenseite wurden bisher nicht versteuerte Einkommen wie Entgelte aus selbstständigen oder unselbstständigen Nebenerwerbstätigkeiten, Renten, Alimente sowie Miet- oder Pachterträge gemeldet. Auch Selbstanzeigen von juristischen Personen seien wiederum vereinzelt eingereicht worden.

Wie es im Departement von Regierungsrat Anton Lauber heisst, sei davon auszugehen, «dass die massive Zunahme der Selbstanzeigen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) steht». Dabei werden die Kantone erstmals per 1. Oktober 2018 Informationen über ausländische Finanzanlagen von in der Schweiz ansässigen Personen erhalten. Diesbezügliche Selbstanzeigen müssen im Kanton Baselland bis spätestens am 30. September dieses Jahres erfolgen.

## Nachrichten

### Auf Fussgängerstreifen angefahren

**Allschwil.** Leicht verletzt wurde ein 21-jähriger Mann am Mittwochabend, kurz vor 17.30 Uhr, auf dem Fussgängerstreifen auf der Baslerstrasse in Allschwil, als er von einem Auto angefahren wurde. Der 74-jährige Automobilist floh, wurde aber später von der Polizei angehalten.

### Kollision auf der Autobahn

**Muttenz.** Gestern früh um 5.45 Uhr krachte es zwischen zwei Personewagen auf der Autobahn A2 in Muttenz. Unfallverursacher war ein Fahrer, der von der zweiten auf die erste Überholspur wechselte und dabei ein anderes Auto touchierte. Der Unfallverursacher wird von der Polizei gesucht.

## Glückwunsch

### Goldene Hochzeit

**Rheinfelden.** Den 50. Hochzeitstag feiern heute **Verena** genannt **Lea** und **Samuel** genannt **Sammy Plüss-Burkhalter**. Das Jubelpaar schaut auf 50 schöne Ehejahre zurück. Die beiden sind noch sehr aktiv und reisen gerne nach Israel. Ein Land, das sie schon über 30-mal besucht und wo sie viele Freunde haben. Die **BaZ** gratuliert ihren treuen Lesern herzlich und wünscht ihnen für die gemeinsame Zukunft alles Gute. gratulationen@baz.ch

## Überraschender Erfolg der Fluglärm-Kritiker

Landrat überweist Postulat von Andreas Bammatter

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Eigentlich gab man gestern bei Sitzungsbeginn den beiden Fluglärm-Vorstössen von Rahel Bänziger (Grüne) und Andreas Bammatter (SP) wenig Chancen. Doch am Schluss wurde die modifizierte und in ein Postulat umgewandelte Motion Bammatters zur Optimierung der An- und Abflugrouten vom Landrat einstimmig mit 82 zu null Stimmen überwiesen. Mit dem Vorstoss wird die Baselbieter Regierung gebeten, zusammen mit den Partnern aus Basel-Stadt beim Bund die entsprechenden Anträge zu stellen. Ziel eines allenfalls optimierten An- und Abflugregimes wäre, die Lärmbelastung möglichst gering zu halten und dicht besiedelte Ziele zu entlasten. Bammatter konnte sich in der Landratsdebatte auf die Unterstützung der «Allschwiler Fraktion» verlassen, die am Schluss den ganzen Rat überzeugte.

Die Regierung hatte sich gegen die Motion noch vehement gewehrt. Gegen das Postulat leistete Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber gestern nur noch geringen Widerstand. Inwiefern das Postulat indessen die Lärmkritiker ennet der Grenze erfreut, ist eine andere Frage. Mit der Entlastung der dicht besiedelten Gebiete sind in erster Linie Stadt und Agglomeration Basel gemeint. Und wo die weniger dicht besiedelten Gebiete liegen, ist unschwer zu erkennen.

Weniger Erfolg hatte Rahel Bänziger mit ihrem Postulat betreffend Neufestsetzung der Lärmgrenzwerte in der Nacht. Sie forderte bereits zum zweiten Mal von der Kantonsregierung, dass diese in Bern Druck macht. Bänziger warf Bundesrätin Doris Leuthard vor, die Ergebnisse der Lärmstudie «Sirene» ungerechtfertigt zurückzuhalten. Die in englischer Sprache vorliegende Studie belegt offenbar, dass das Herz- und Hirnfarkrisiko nicht erst ab einem durchschnittlichen Fluglärm von 50 Lden, dem bestehenden Grenzwert in der Nacht, steigt, sondern bereits ab einem Wert von 40 Lden. «Wartet das Uvek denn noch auf eine berndeutsche Übersetzung?», fragte Bänziger rhetorisch. Es werde auf Zeit gespielt und dies auf Kosten der lärmgeplagten Bevölkerung.

**Problem Frachtflüge**

Unterstützung erhielt die Grüne neben ihrer Partei aber nur von einem Teil der SP und vereinzelt Bürgerlichen wie Hanspeter Weibel (SVP).

Eines der Hauptprobleme, so Weibel, sei der Ausbau des Frachtgeschäfts, über den der Flughafen selbstständig entschieden habe. «Diese Frage wurde politisch nie diskutiert. Es sind aber genau die Frachtflüge, die in der fraglichen Zeit zugenommen haben», sagte der Botminger. Mit 46 zu 32 Stimmen, bei einer Enthaltung, wurde die Überweisung des Postulats abgelehnt.

## Allschwil beschäftigt den Landrat

Der Abbruch der Turnhalle löst eine Denkmaldebatte aus

**Liestal.** Der Allschwiler GLP-Landrat Matthias Häuptli war sehr unzufrieden mit der regierungsrätlichen Antwort auf seine Interpellation zum Abbruch der Allschwiler Turn- und Konzerthalle (TuK). Die Regierung hatte ihm beschieden, es obliege der Gemeinde, im Rahmen der Nutzungsplanung entsprechende Gebäude unter Schutz zu stellen. «Allschwil pfeift auf die Denkmalpflege», lautet das Allschwiler

Fasnachtssujet. «Offenbar pfeift auch die Regierung darauf», sagte Häuptli.

Von seinen Allschwiler Kolleginnen und Kollegen erhielt er aber keine Unterstützung. «Wir müssen jetzt nicht im Landrat eine Debatte führen, die in Allschwil längst erledigt ist», sagte Pascale Uccella (SVP). Das Volk habe entschieden. Die Halle müsse weg, so Uccella, «damit Allschwil zu einem neuen Schulhaus kommt». Gu

## Keine Verteilung von 75 Millionen Franken im Giesskannenprinzip

Baselbieter Regierung lehnt SP-Prämienverbilligungs-Initiative ab

**Liestal.** Die Baselbieter Regierung lehnt die Prämienverbilligungs-Initiative der SP ab: Das Begehren brächte dem Kanton Mehrausgaben von 75 Millionen Franken und ein Giesskannenprinzip, bei dem selbst Gutverdienende profitierten, teilte sie gestern mit.

Die Initiative «Ja zur Prämienverbilligung» verlangt eine Änderung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz: Sie will die Prämienbelastung durch die obligatorische Krankenversicherung pro Haushalt auf maximal zehn Prozent des Jahreseinkommens deckeln. Was darüber geht, soll der Kanton bezahlen.

Die Regierung betrachtet jedoch das bisherige System der Prämienverbilligungen als bedarfsgerecht und bewährt. Daher verzichtet sie auf einen Gegenvorschlag. Derzeit legt jeweils

der Landrat den Prozentanteil sowie Einkommensobergrenzen für Verbilligungen fest.

Die Initianten werfen indes dem Kanton vor, in den letzten Jahren bei den Prämienverbilligungen stark gespart zu haben. Das Volksbegehren würde voraussichtlich rund 20 000 weiteren Haushalten zu Prämienverbilligungen verhelfen, darunter auch kinderlosen Paaren mit Nettoeinkommen über 100 000 Franken, warnt die Regierung.

Der Mehraufwand für den Kanton würde so bei steigenden Prämien «kontinuierlich weiter anwachsen». Die Regierung ortet den Handlungsbedarf in Bern: Das Kostenwachstum im Gesundheitswesen müsse stattdessen der Bund mit «wirksamen Massnahmen auf der Kosten- und Tarifierungsseite» bekämpfen. SDA